

Hackerangriff auf Sony NETBUSINESS Seite 22

Ideen gegen Armut: Preisträger 2011 Seite 21

Forderung nach „Primat der Politik über Ökonomie“

Kaum ist eine „gesamtösterreichische Nachhaltigkeitsstrategie“ durch den Ministerrat, schon flammt der Konflikt „freiwillig“ versus „gesetzlich verankert“ neu auf.

„Ein politischer Appell an die Unternehmen ist nur begrenzt wirksam, sonst hätte sich nachhaltiges Wirtschaften schon längst gesamtgesellschaftlich durchgesetzt“, so der Vorstandschef des Netzwerkes Soziale Verantwortung (NeSoVe). Er verlangt als Netzwerk von Arbeitnehmervertretungen mit GPA und ÖGB gesetzliche Bestimmungen für Corporate Social Responsibility (CSR).

Fiala wettete am CSR-Tag vor kurzem heftig gegen „neoliberale Politik der Deregulierung“ und will ein klares Pflichtenheft für die Wirtschaft in den Bereichen Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherschutz inklusive vordefinierter Maßnahmen zur Erreichung.

Der Ende August im Ministerrat beschlossene nationale CSR-Aktionsplan – ein Orientierungsrahmen für eine gesamtösterreichische Nachhaltigkeitsstrategie, der nun von den beteiligten Ministerien ausgearbeitet wird und dessen Fortschritte in Folge alle zwei Jahre evaluiert werden sollen, sei nichts anderes als eine freiwillige Maßnahme, die gesellschaftliche Verantwortung auf das jeweilige Gutdünken der Unternehmen reduziere, wünschenswerte Handlungen müssten primär über gesetzliche Bestimmungen sichergestellt werden, so die Gegner der Freiwilligkeit.

Kurz: Ein Primat der Politik über die Ökonomie wird ganz massiv gefordert.

Freiwilligkeit zukunftsfähig?

Auf „der anderen Seite“, bei den Unternehmen, findet sich derzeit niemand, der sich Regulatorien wünscht – man wolle nach dänischem und deutschem Vorbild, welche einen CSR-Aktionsplan definiert haben und Unternehmen diesbezüglich auch gewisse Unterstützungen bieten, vorgehen: Wer sich nicht nachhaltig aufstelle, sei ohnedies nicht zukunftsfähig, so die Stimmen aus der Wirtschaft. Und: Wollte die öffentliche Hand Vorbild sein, dann sei ein „großer Hebel“ etwa Nach-

Viele gesetzliche Regeln oder doch weiter Freiwilligkeit mit Anreizen?

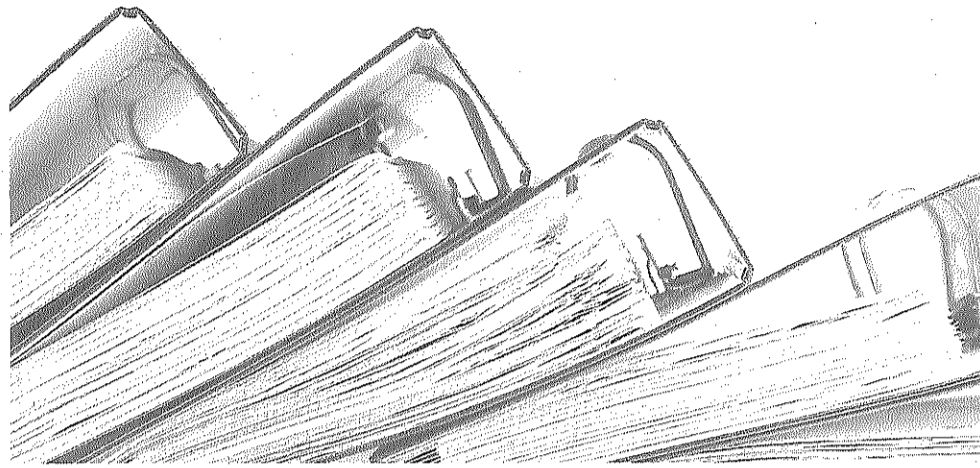
Foto: fotolia

haltigkeit bei öffentlichen Ausschreibungen, sagt etwa Birgit Riess von der deutschen Bertelsmann-Stiftung.

Dass vonseiten der EU, die derzeit an einer Ausgestaltung für

CSR-Rahmen in Europa arbeitet, eine Verpflichtung zur integrierten Nachhaltigkeitsberichterstattung für Großunternehmen kommt, halten viele Firmenvertreter und auch Wirtschaftsprüfer für

wahrscheinlich. Es gebe, „um ehrlich zu sein“, nach wie vor eine Reihe von Unternehmen, die mit CSR nichts am Hut hätten, sagt Tom Dodd (CSR Policy Officer in der DG Industry & Enterprises)



und deponiert „Notwendigkeit neuer Maßnahmen“. Einige Unternehmen und einige Länder ernteten Lob für „innovative Vorreiterrollen“.

Aber: Es gebe sehr viele unterschiedliche Initiativen in Europa, deshalb bedürfe es eines neuen, gemeinsamen Zugangs.

„One size does not fit all“ – wie heikel das Zusammenspiel von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen sei, das wisse er, weiters, dass es nicht um eine bürokratische Übung gehe. Legislative Vorschläge bezüglich Transparenz und Reporting seien aber in Ausarbeitung. (kbau)

Details unter:
www.nachhaltigkeit.at
www.respect.at